

Fragen

für die Fragestunde der 197. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 17. Oktober 2012

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48	Kelber, Ulrich (SPD)	7, 8
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58, 67	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 62
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	63, 64	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36
Brase, Willi (SPD)	23, 54	Dr. Kofler, Bärbel (SPD)	1
Bülow, Marco (SPD)	11, 12	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	46	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5
Cramon-Taubadel, Viola von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 57	Dr. Miersch, Matthias (SPD)	17, 18
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60, 61	Nink, Manfred (SPD)	13, 14
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 56	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	32, 52
Groß, Michael (SPD)	69, 70	Dr. Raabe, Sascha (SPD)	26, 27
Hagemann, Klaus (SPD)	24	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 50
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 42	Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	25
Höger, Inge (DIE LINKE.)	37, 38	Schwabe, Frank (SPD)	2, 3
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	68
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65, 66	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44
Hoppe, Thilo (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	28	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	53, 59
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	45, 51	Vogt, Ute (SPD)	19, 20
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	34	Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49
		Wolff, Waltraud (Wolmirstedt) (SPD)	15, 16

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	17

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete
**Dr. Bärbel
Kofler**
(SPD) Plant die Bundesregierung ebenso wie die dänische Regierung ein nationales Verbot für das Inverkehrbringen von vier als fortpflanzungsgefährdend oder reprotoxisch eingestuften Phthalaten, und wird sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass wie geplant im Frühjahr 2013 über eine entsprechende EU-weit geltende Regelung entschieden wird?
2. Abgeordneter
**Frank
Schwabe**
(SPD) Wann stehen Entscheidungen der Europäischen Union im Umgang mit Öl aus Teersanden an, und hat die Bundesregierung dazu mittlerweile eine klare Haltung entwickelt?
3. Abgeordneter
**Frank
Schwabe**
(SPD) Hält die Bundesregierung nach den Ergebnissen der Frackingstudien des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und des Landes Nordrhein-Westfalen eine derzeitige Anwendung des Frackingverfahrens für vertretbar, und bis wann will die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Rechtsrahmens vorlegen?
4. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche konkreten Schritte will die Bundesregierung nach den Ankündigungen des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, zum Stromsparen unternehmen, und wie sieht der Zeitplan zur Umsetzung diesbezüglich aus?
5. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wann wird die Bundesregierung eine Gesetzesinitiative auf den Weg bringen, um den Einsatz der Frackingtechnologie in Trinkwasserschutzgebieten rechtlich zu untersagen, wie von dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, und dem Präsidenten des Umweltbundesamtes (UBA), Jochen Flasbarth, bei der Vorstellung des UBA-Gutachtens „Umweltauswirkungen von Fracking bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten – Risikobewertung, Handlungsempfehlungen und Evaluierung bestehender rechtlicher Regelungen und Verwaltungsstrukturen“ am 6. September 2012 angekündigt (siehe auch dpa-Meldung vom 6. September 2012 „Fracking“-Gasförderung nur unter strengen Auflagen“), und welche weiteren

- konkreten rechtlichen Schritte plant die Bundesregierung als Konsequenz aus dem Gutachten zu unternehmen?
6. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Lobbyisten haben in den letzten drei Monaten Kontakte zum Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zum Thema Energiewende aufgenommen, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Forderung nach einem Lobbyistenregister im Hinblick auf eine umfassende Transparenzinitiative?
7. Abgeordneter
Ulrich Kelber
(SPD)
- Wie hoch sind die Anteile (in Cent und Prozent) der Teilaspekte Ausweitung der Industrieprivilegien, gesunkene Börsenstrompreise (Merit-Order-Effekt), gesunkene CO₂-Zertifikatepreise, Marktprämie, Liquiditätsreserve, Ausgleich der Defizite im EEG-Umlagekonto 2012 (EEG: Erneuerbare-Energien-Gesetz) und Energiesteuern auf erneuerbare Energien an der auf knapp 5,3 Cent steigenden EEG-Umlage?
8. Abgeordneter
Ulrich Kelber
(SPD)
- Bis wann genau will der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, die Ausnahmeregelungen für die Industrie zur Befreiung von der EEG-Umlage prüfen, und welche Kriterien will er bei der Prüfung anlegen?
9. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie vielen Terawattstunden würden die 40 Prozent Erneuerbare-Energien-Anteil, die der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, in seinem Verfahrensvorschlag zum Erneuerbare-Energien-Gesetz vorgeschlagen hat, aus Sicht der Bundesregierung für das Jahr 2020 entsprechen, und wie hoch wäre dann eine gleichmäßige jährliche Zunahme in Terrawattstunden im Vergleich zu der aktuellen Zunahme pro Jahr (bitte vorliegende Werte für 2011 und Schätzung für 2012 getrennt aufzuführen)?

10. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann will die Bundesregierung rechtliche Hindernisse für die Versorgung von Mietern mit EEG-/KWK-Strom (KWK: Kraft-Wärme-Kopplung), der in räumlicher Nähe zum bewohnten Gebäude erzeugt wird, beseitigen, wie es im Vermittlungsausschuss zur Photovoltaikvergütung im Juni 2012 angekündigt wurde, und wie will die Bundesregierung diese Hindernisse beseitigen?
11. Abgeordneter
**Marco
Bülow**
(SPD)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung für ihr Handeln bezüglich der Sicherheit von Atomkraftwerken (AKWs) auf europäischer Ebene aus dem vom EU-Kommissar für Energie, Günther Oettinger, vorgestellten abschließenden AKW-Stresstestbericht, und plant die Bundesregierung, sich für mehr AKW-Sicherheit in Europa zu engagieren?
12. Abgeordneter
**Marco
Bülow**
(SPD)
- Hat die Erkenntnis, dass bei den Überprüfungen im Rahmen der europaweiten AKW-Stresstests im direkt angrenzenden Frankreich, dem Land mit den meisten Atomkraftwerken in Europa, besonders viele Schwächen bei den dortigen Atomkraftwerken und ihrer Aufsicht festgestellt wurden, Konsequenzen für das Handeln der Bundesregierung, und wenn ja, welche?
13. Abgeordneter
**Manfred
Nink**
(SPD)
- Welche Erkenntnisse zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen des europäischen Stresstests für Atomkraftwerke in Bezug auf das französische Atomkraftwerk Cattenom, und welche Auswirkungen haben die Erkenntnisse auf die Bewertung der Risiken für die deutsche Bevölkerung in der grenznahen Region und auf Szenarien zur Gefahrenabwehr?
14. Abgeordneter
**Manfred
Nink**
(SPD)
- Welche konkreten Ziele verfolgt die Bundesregierung mit der Initiierung eines Clubs von Ländern, „der sich der Durchsetzung der erneuerbaren Energien verschreibt“ – wie es der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, verkündet hat – (siehe SPIEGEL ONLINE vom 2. Oktober 2012, 11:09 Uhr, „AKW-Nachrüstung abhängig von der Laufzeit“), und verfolgt die Bundesregierung dabei insbesondere auch das Ziel, Frankreich von einem schnellen Ausstieg aus der Atomenergie zu überzeugen und das AKW Cattenom möglichst bald endgültig vom Netz zu nehmen?

-
15. Abgeordnete
**Waltraud
Wolff
(Wolmirstedt)
(SPD)** Welche Rolle spielt in den Überlegungen der Bundesregierung zur Endlagerung radioaktiver Abfälle die Möglichkeit, eine europäische Lösung zu finden und von einer nationalen Einlagerung Abstand zu nehmen?
16. Abgeordnete
**Waltraud
Wolff
(Wolmirstedt)
(SPD)** Wie ist der Stand der Diskussion über eine europäische Lösung für radioaktive Abfälle derzeit in Brüssel, und welche Vorschläge wurden bisher konkret unterbreitet?
17. Abgeordneter
**Dr. Matthias
Miersch
(SPD)** Wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag vor dem 20. Januar 2013 einen Gesetzentwurf zur bundesweiten Suche nach einem Atommüllendlager in Deutschland vorlegen, und wenn nein, warum nicht?
18. Abgeordneter
**Dr. Matthias
Miersch
(SPD)** Wie sieht die weitere Planung der Bundesregierung – sowohl zeitlich als auch verfahrenstechnisch – in Bezug auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und des Deutschen Bundestages an der Erarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Endlagersuche für radioaktive Abfälle aus?
19. Abgeordnete
**Ute
Vogt
(SPD)** Wie bewertet die Bundesregierung die Zeugenaussagen der ehemaligen Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, vor dem 1. Untersuchungsausschuss „Gorleben“ des Deutschen Bundestages am 27. September 2012 „Ich kann nach wie vor nicht einsehen, warum man einen Standort, den man so weit erkundet hat, nicht mal auf seine Eignung erkunden will“ und „Ich sage noch mal, was ich zum damaligen Zeitpunkt auch heute sagen würde – [...] warum nicht mal gucken, ob Gorleben geeignet oder nicht geeignet ist“ vor dem Hintergrund der öffentlichen Aussagen des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, neben Gorleben auch alternative Standorte in einem ergebnisoffenen Verfahren untersuchen zu wollen?

20. Abgeordnete
Ute Vogt
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung diese Aussagen der ehemaligen Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, (siehe Frage 19) vor dem Hintergrund des Haushaltsentwurfs der Bundesregierung, der 76 Mio. Euro zur Erkundung des Projekts Gorleben für das Jahr 2013 vorsieht (Bundestagsdrucksache 17/10200 – Einzelplan 16, S. 70), und in dem für die „Erkundung weiterer Standorte für die Endlagerung radioaktiver Abfälle“ hingegen nur 3,5 Mio. Euro bereitgestellt werden (Bundestagsdrucksache 17/10200 – Einzelplan 16, S. 71)?
21. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) bereit, als vertrauensbildende Maßnahmen die noch ausstehenden Arbeiten an der vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben (VSG) vorerst auszusetzen bzw. vorübergehend zu unterbrechen, um die Chancen für erfolgreiche Verhandlungen für ein Endlagersuchgesetz zu erhöhen (bitte mit Begründung), und sieht die Bundesregierung die VSG aufgrund der nicht dokumentierten Vorgespräche des für Gorleben zuständigen Referatsleiters und BMU-Abteilungsleiters Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen, Strahlenschutz, nukleare Ver- und Entsorgung (RS) mit dem späteren VSG-Unterauftragsnehmer Dr. Bruno Thomauske mit einem Glaubwürdigkeitsproblem behaftet (bitte ebenfalls mit Begründung)?
22. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann genau gab es im Jahr 2010 außer am 8. September 2010 noch Telefonkonferenzen auf Abteilungsleiterebene zwischen dem BMU-Abteilungsleiter RS und den zuständigen Abteilungsleitern der Atomaufsichtsbehörden (bzw. ggf. deren Vertretern) der damals noch fünf Bundesländer mit in Leistungsbetrieb befindlichen Atomkraftwerken zu Sicherheits-, Nachrüstfragen, Laufzeiten o. Ä., und an jeweils welcher dieser Telefonkonferenzen waren neben dem BMU-Abteilungsleiter RS noch ein oder mehrere BMU-Beamte als Zuhörer beteiligt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

23. Abgeordneter
**Willi
Brase**
(SPD) Nach welchen Kriterien prüft die Bundesregierung laut dem Berufsbildungsbericht 2012, ob in 12 bis 15 weiteren Ausbildungsberufen Ausbildungsbausteine geschaffen werden, und wann wird dazu eine Entscheidung vorliegen?
24. Abgeordneter
**Klaus
Hagemann**
(SPD) Welche konkreten Auswirkungen haben die vom Kommissar für Finanzplanung und Haushalt der Europäischen Kommission, Janusz Lewandowski, bekannt gegebenen Finanzierungslücken bei dem Studierendenaustauschprogramm „ERASMUS“, dem EU-Forschungsprogramm und dem Europäischen Sozialfonds („Dem Studentenprogramm Erasmus geht das Geld aus“, DIE WELT vom 3. Oktober 2012) jeweils im Einzelnen in Deutschland – unter Angabe der ggf. aus den genannten Programmen noch ausstehenden Zahlungen –, und welche Position vertritt die Bundesregierung hinsichtlich des vorgesehenen EU-Nachtragshaushaltes 2012 unter Angabe des Zeitplans der Beratung und der beabsichtigten Veranschlagung im Bundesetat?
25. Abgeordneter
**Swen
Schulz
(Spandau)**
(SPD) Zu welchem Termin wird die mehrmals verschobene Nationale Bologna-Konferenz stattfinden, und welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung für Korrekturen und Qualitätsverbesserungen im Rahmen der Bologna-Reform?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung**

26. Abgeordneter
**Dr. Sascha
Raabe**
(SPD) Zu welchen Entsendebedingungen und durch wen werden nach der Fusion zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH die Aufgaben des fusionierten Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) übernommen?

27. Abgeordneter
Dr. Sascha Raabe
(SPD) Wie hat sich die Zahl der vom DED nach dem Entwicklungshelfergesetz entsandten Mitarbeiter und deren Einsatz vor Ort entwickelt, und welche langfristigen Beschäftigungsmöglichkeiten haben diese nunmehr in der GIZ?
28. Abgeordneter
Thilo Hoppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die weitere Finanzierung von Vorhaben der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH in Dadaab und Kakuma, die bisher aus dem Titel „Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe“ finanziert wurden, und wie bewertet die Bundesregierung aus entwicklungspolitischer Sicht ein mögliches Auslaufen der Aktivitäten bzw. eine Übergabe an das UN-Flüchtlingshilfswerk?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

29. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie viele der 2010 genehmigten Exporte für Rüstungsgüter und Kriegswaffen nach Portugal hat die Bundesregierung widerrufen oder zurückgenommen, nachdem Portugal im April 2011 Hilfen aus der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) beantragen musste?
30. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie genau plant die Bundesregierung, den Verbraucherinnen und Verbrauchern die von der Markttransparenzstelle gesammelten Daten für den Benzinmarkt zur Verfügung zu stellen, und wird dies für die Verbraucherinnen und Verbraucher kostenfrei sein?
31. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wird die Markttransparenzstelle selbst die Daten zu den Benzinpreisen jeweils aktuell im Internet veröffentlichen, und wenn nein, warum nicht?

32. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Überlegungen des Bundesministers Dr. Philipp Rösler, die Stromkosten über eine Drosselung der Stromsteuer zu senken, und welche Position bezieht die Bundesregierung zu der Forderung des Verbraucherzentrale Bundesverbandes nach einem Stromsteuerfreibetrag?
33. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stammt die von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel angekündigte Finanzierung für Projekte zur Verbesserung des Gesundheitswesens und zur Modernisierung der regionalen Verwaltung in Griechenland in Höhe von 30 Mio. Euro aus dem Haushalt der EU oder aus dem Haushalt der Bundesrepublik Deutschland, und handelt es sich um zusätzliche Mittel zu den Mitteln, die für Griechenland im aktuellen Finanzrahmen der Europäischen Union vorgesehen sind (sofern es sich um Mittel aus dem EU-Haushalt handelt; vgl. Pressekonferenz von Dr. Angela Merkel und Antonis Samaras am 9. Oktober 2012)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

34. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Gewalt und Arbeitsrechtsverletzungen gegen Minenarbeiter in Marikana (Südafrika), und inwieweit sind nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung deutsche Unternehmen und deren Zulieferer- und Tochterunternehmen in die aktuellen Vorkommnisse involviert?
35. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung im Hinblick auf einen vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mandatierten Einsatz in Mali zur Unterstützung malischer Sicherheitskräfte im Norden des Landes, und inwiefern plant sie, einen solchen finanziell, logistisch und personell zu unterstützen?

36. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit treffen nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung die Vorwürfe griechischer Demonstranten zu, in der Haft von Polizisten unmenschlich und erniedrigend behandelt und gefoltert worden zu sein, und wie bezieht die Bundesregierung diesbezüglich gegenüber der griechischen Regierung Stellung?
37. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Zustände an russischen Militäranlagen, in denen ausrangierte Munition entsorgt wird, vor dem Hintergrund der jüngsten Explosion (Neue Zürcher Zeitung vom 11. Oktober 2012, S. 16), auch im Zusammenhang mit dem deutschen Engagement in der Abrüstungshilfe im Rahmen der G8-Initiative der Globalen Partnerschaft?
38. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- In welchem Umfang erwartet die Bundesregierung im Norden des Kosovo militärische Verstärkung von der NATO, und welche politische Strategie im Umgang mit den Spannungen im Norden des Kosovo ist mit dieser militärischen Umgruppierung verbunden?
39. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der konkrete Wortlaut der Vertraulichkeitsbestimmung bezüglich des deutsch-usbekischen Vertrags über die Nutzung des Militärflughafens Termes, die die Bundesregierung als Grund für die Nichtveröffentlichung des Vertrags anführt (siehe die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/9710), und in welcher Form ist diese Vertraulichkeitsbestimmung zwischen den Vertragspartnern beschlossen worden?
40. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern plant die Bundesregierung im Rahmen des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan die Bereitstellung von finanziellen Mitteln, um dem Personal, welches zum Transport von Material der Bundeswehr in Afghanistan eingesetzt wird, u. a. das Passieren von Checkpoints zu ermöglichen, und inwiefern hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, ob die Gelder für Wegzölle in die Strukturen der Taliban fließen?

41. Abgeordneter
**Omid
Nouripour**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung über den Verbleib und Zustand des ägyptischen Bloggers A. S., und welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung für seine Freilassung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

42. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Vorstellungen hat das Bundeskanzleramt zur Verbesserung der Transparenz (Transparenzinitiative), um einen Einfluss subjektiver wirtschaftlicher Interessen auf Entscheidungen von Exekutive und Legislative zurückzudrängen oder wenigstens transparent zu machen?
43. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie oft haben Bundesbehörden jeweils – v. a. gemäß den §§ 26, 28 des Gesetzes über die Bundespolizei – seit 2007 bei oder im Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen oder Ansammlungen Tonaufzeichnungen von Teilnehmern angefertigt, und wie oft haben Bundesbehörden aus gleichen Anlässen seither jeweils Bild- und Tonaufzeichnungen von Teilnehmern mithilfe unbemannter Luftfahrzeuge angefertigt, v. a. durch Drohnen?
44. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung und nachgeordneten Sicherheitsbehörden inzwischen über Mitarbeiter von US-Sicherheitsbehörden vor, die in örtlichem und zeitlichem Zusammenhang mit dem Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter am 25. April 2007 in Heilbronn und Deutschland tätig gewesen sein sollen, so wie schon der „stern“ am 1. Dezember 2011 – jedoch bezogen auf eine andere US-Dienststelle – über einen solchen Vorgang berichtet hatte, und was unternahmen seither Bundes-sicherheitsbehörden (v. a. Generalbundesanwalt, Bundeskriminalamt, Bundesnachrichtendienst, Militärischer Abschirmdienst) jeweils, um die – eigentlich mit ihnen abzustimmenden – Aufgaben sowie Tätigkeiten jener US-Bediensteten in Deutschland zu jener Zeit aufzuklären?

45. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie viele sogenannte Massendaten wurden bzw. werden in den Ermittlungen wegen der ungeklärten Mordfälle bis zur Entdeckung der Täterschaft des Nationalsozialistischen Untergrunds von den damit befassten Besonderen Aufbauorganisationen erhoben, gespeichert oder (etwa nach der Anlieferung durch Landeskriminalämter oder Landesämter für Verfassungsschutz) verarbeitet (bitte aufschlüsseln nach Funkzellenabfragen, daraus ermittelten Anschlussinhabern/-innen, Finanztransaktionen, Hotelbuchungen, Mietwagennutzung), und welche dieser auch mit einer Software zur Rasterfahndung prozessierten Daten werden bis heute vorgehalten?
46. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)
- Welche Positionen aus welchen Landesregierungen in den neuen Bundesländern lagen der Aussage des Bundesministers des Innern, Dr. Hans-Peter Friedrich, am 26. September 2012 bei der Befragung der Bundesregierung zugrunde, es gäbe „bisher keine einheitliche Haltung der Landesregierungen in den neuen Ländern in der Frage der Angleichung des Rentensystems“ (vgl. Plenarprotokoll 17/194)?
47. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung bislang keinen Vorschlag für eine Genehmigungspflicht für Anschluss-tätigkeiten ausgeschiedener Regierungsmitglieder nach dem Vorbild der Europäischen Union für ausgeschiedene EU-Kommissare vorgelegt, und wie beurteilt sie Vorschläge für ein verbindliches Lobbyistenregister und für mehr Transparenz im Parteien-gesetz (u. a. Beschränkung von Spenden auf natürliche Personen, Obergrenze 100 000 Euro, Halbierung der Transparenzschwellen etc.)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

48. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Stand innerhalb der Bundesregierung bezüglich der Ratifizierung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption (United Nations Convention against Corruption – UNCAC), und welche Vorbehalte hat die Bundesregierung gegen die Vorlage eines solchen Ratifizierungsgesetzes?

49. Abgeordnete
**Beate
Walter-
Rosenheimer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung gewährleisten, dass es durch den geplanten Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr zu keiner Verschlechterung der Rechtsposition der Auftragnehmer hinsichtlich der Zahlungsfristen kommt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

50. Abgeordneter
**Manuel
Sarrazin**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern kann die Bundesregierung bei der Einrichtung eines eigenen Budgets für die Eurozone eine Senkung des Mehrjährigen Finanzrahmens auf Kosten der mittelosteuropäischen Staaten ausschließen, und inwiefern könnte die Bundesregierung Vorschläge unterstützen, die die Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rechnungshofs zu untergraben drohen?
51. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Analyse des Internationalen Währungsfonds (IWF), nach der die Kapitalflucht aus der „Peripherie“ der Eurozone das grundlegende Fundament der EU unterminiert (vgl. www.welt.de/finanzen/article109723111/IWF-warnt-vor-Kollaps-des-weltweiten-Finanzsystems.html), und inwiefern hält sie Änderungen des auch in Ausnahmesituationen totalen Verbots von Kapitalverkehrskontrollen in den EU-Verträgen für sinnvoll?
52. Abgeordnete
**Lisa
Paus**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position bezieht die Bundesregierung zu den Erkenntnissen des Internationalen Währungsfonds aus seiner Publikation „World Economic Outlook, October 2012“ (Chapter 1, Box 1.1) über fiskalische Multiplikatoren für europäische Länder, dass diese meist über dem Wert von 1,0 liegen und folglich schnell durchgeführte Einsparungen staatlicher Ausgaben zwangsläufig zur Verschlimmerung der Rezession in den Krisenstaaten der Eurozone führen müssen, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus für ihre Forderungen gegenüber diesen Partnerländern bzw. erwägt sie zu ziehen, vor allem bezüglich den Forderungen nach der Verlängerung der Fristen für den Abbau staatlicher Haushaltsdefizite und der Gesamtverschuldung?

53. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Regelung zur Steuerrückvergütung von Agrardiesel für Geländewagen oder andere private Fahrzeuge, z. B. von Schäferinnen und Schäfern, im Vergleich zu den Regelungen zur Nutzung von Agrardiesel durch Imkerinnen und Imker, und welche Änderungen am Energiesteuergesetz zur Gleichstellung beider Bereiche wird sie vorschlagen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

54. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD)
- Wird die Bundesregierung dem Wunsch der Wirtschaftsministerkonferenz vom 4. und 5. Juni 2012 nachkommen und die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit bis zum Herbst 2013 evaluieren lassen, und wer würde diese Evaluierung übernehmen?
55. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele der von der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen, im Juni 2012 angekündigten 5 000 Arbeitslosen, die in den Genuss einer Umschulung oder Weiterqualifizierung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher kommen sollten, haben bisher tatsächlich eine solche begonnen, und wie sind diese Plätze unter ihnen aufgeteilt und ausgestaltet (bitte aufteilen nach Art der Bildungsmaßnahme und jeweiligen Erfolgsquoten bei den staatlichen Erzieherprüfungen)?
56. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was wird die Bundesregierung unternehmen, damit die arbeitslosen Interessentinnen und Interessenten, die bislang noch nicht an einer Umschulung oder Weiterqualifizierung zum Erzieher bzw. zur Erzieherin teilnehmen, entsprechend qualifiziert werden?
57. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung bereits deutlich vor der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 2013 Initiativen für Maßnahmen nach Artikel 24 oder 26 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) oder zur Prüfung einer Aussetzung der EU-Handelspräferenzen ergreifen, um auf die erneute massive Zwangsarbeit von Kindern und Erwachsenen bei der aktuell laufenden Baumwollernte in Usbekistan zu reagieren, und wie wird sie

solche Initiativen auf den Treffen des IAO-Verwaltungsrates im November 2012 und März 2013, innerhalb der EU, bei den deutsch-usbekischen Regierungskonsultationen bzw. in eigenen zeitnahen öffentlichen Stellungnahmen vorbringen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

58. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Vorschläge zur Priorisierung der Fördergrundsätze der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) hat die Bundesregierung den Ländern vorgelegt, und wann ist die Beschlussfassung im Planungsausschuss für Agrarstruktur und Küstenschutz (PLANAK) vorgesehen?
59. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Welche Autorinnen und Autoren haben die Stellungnahme des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) Nr. 037/2012 vom 28. September 2012 zu einer französischen Studie über Fütterungsversuche mit dem gentechnisch veränderten Mais NK 603 erarbeitet (BfR-Mitarbeiter/-innen und Externe)?
60. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf der Basis welcher Risikobewertungen durch welche Fachbehörden hat die Bundesregierung eine Ausnahmegenehmigung für den breitflächigen Einsatz des Rodentizids „Ratron“ (Wirkstoff Chlorphacinon) in Thüringen erteilt, obwohl die erhebliche Toxizität dieses Wirkstoffes für zahlreiche Nichtzielorganismen und für einheimische Beutegreifer oder Zugvögel, die an Chlorphacinon verendete Nagetiere verzehren, wissenschaftlich belegt ist und das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit deshalb 2010 verschiedenen Pestiziden mit dem Wirkstoff Chlorphacinon die Zulassung entzogen hatte?
61. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der aktuellen Studie des US-Agrarökonomen Charles Benbrook („Impacts of Genetically Engineered Crops on Pesticide Use in the U. S. – The First Sixteen Years“), basierend auf Daten des US-Agrarministeriums, wonach in den USA durch den Anbau von herbizidtoleranten gentechnisch verän-

dernten Organismen ein Anstieg des Herbizidverbrauchs um 239 Mio. Kilogramm im Zeitraum 1996 bis 2011 erfolgt ist, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass einige in der Europäischen Union bald zu erwartende Anbauzulassungen gentechnisch veränderter Pflanzen ebenfalls eine Herbizidtoleranz gegen Glyphosat (Soja) oder Glufosinat (Mais) besitzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

62. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat der heutige Generalinspekteur der Bundeswehr, Volker Wierer, an einem ISAF-Targeting-Prozess teilgenommen, bei dem die Handlungsempfehlung an die ISAF-Kräfte die gezielte Tötung einer gelisteten Person gewesen ist, und welche Rolle hat er bei dem Verfahren eingenommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

63. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Wie viele Mehrgenerationenhäuser gibt es, die Teilnehmer des Aktionsprogramms I für Mehrgenerationenhäuser, aber nicht mehr Teilnehmer des Aktionsprogramms II sind, und wie wurde der „Ausstieg“ begründet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

64. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den Beanstandungen ausländischer Behörden entgegenzuwirken, die bezüglich der Diskrepanz wegen des Bindestriches zwischen Fahrzeugschein und Kennzeichen Bußgelder einfordern?

65. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist nach aktuellen Kostenschätzungen das Gesamtvolumen der Projekte des Vordringlichen Bedarfs, die in Bau sind (aufgeschlüsselt nach Verkehrsträgern bzw. Bundesländern), und wie hoch ist nach aktuellen Kostenschätzungen das Gesamtvolumen der Projekte des Weiteren Bedarfs, die in Bau sind (ebenfalls aufgeschlüsselt nach Verkehrsträgern bzw. Bundesländern)?
66. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie gedenkt die Bundesregierung das Missverhältnis zwischen zur Verfügung stehenden Mitteln und angemeldeten Vorhaben im Bundesprogramm des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes aufzulösen, und welche Finanzausstattung des Bundes für den öffentlichen Personennahverkehr hält die Bundesregierung zur Erreichung der Klimaziele im Verkehrsbereich für erforderlich?
67. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Güterschiffsverkehr (aufgeschlüsselt nach Schiffsklassen und transportierten Mengen) erwartet die Bundesregierung auf der Havel angesichts der durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung angekündigten modifizierten Ausbauplanungen, und welche konkreten Baumaßnahmen stehen im Rahmen der Ausbaupläne noch an?
68. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Position bezieht die Bundesregierung zu der Tatsache, dass Menschen wegen ihrer Behinderung trotz entsprechender Buchung des Fluges von Moskau nach Düsseldorf zu der Internationalen Behindertenkonferenz am 8. Oktober 2012 von der Fluggesellschaft Air Berlin der Mitflug verweigert wurde (vgl. neues deutschland vom 9. Oktober 2012), und inwieweit sieht sie auch mit Blick auf die UN-Behindertenrechtskonvention und diesbezüglichen EU-Verordnungen Handlungsbedarf?
69. Abgeordneter
Michael Groß
(SPD)
- Wird die Bundesregierung den Deutschen Bundestag vorab über die nachträgliche Aufnahme neuer Straßenbauprojekte in den Straßenbauplan informieren und ihm die Gelegenheit zur Einflussnahme auf deren Auswahl noch vor der Freigabe für den Bau (bzw. der Einleitung von Vergabeverfahren durch die Auftragsverwaltung) geben (bitte mit Begründung)?

70. Abgeordneter
**Michael
Groß**
(SPD)
- Welche Projekte plant die Bundesregierung nach heutigem Stand, nachträglich in den Entwurf des Straßenbauplans 2013 aufzunehmen (bitte mit Begründung sowie Angabe der Kosten und des letzten verfügbaren Nutzen-Kosten-Verhältnisses)?

